

# Flächennutzungsplanverfahren des Gemeindeverwaltungsverbandes Lonsee-Amstetten, 25. Änderung im Bereich „Seeblick“ in der Gemeinde Lonsee

Zusammenstellung der eingegangenen Anregungen während der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung (vom 10.03.2025 bis 10.04.2025)

			Ergebnis der eingegangenen Stellungnahmen der TÖB und Privatpersonen	
Lfd. Nr.	TÖB / Privatperson	Stellungnahme vom	Anregung / Hinweis	Beschlussvorschlag / Hinweise
1.	Landratsamt Alb-Donau-Kreis	25.04.2025	<p><b>1. Anregungen</b></p> <p><b>1.1. Landwirtschaft</b></p> <p>1.1.1 Das Plangebiet erstreckt sich über die Flurstücke 2075 der Gemarkung Halzhausen und die Flurstücke 692 und 705 der Gemarkung Lonsee. Der Geltungsbereich umfasst eine Größe von 0,9 ha. Laut Flurbilanz aus 2022 ist das Flurstück 2075 mit 5066 m² als Grenzflur ausgewiesen. Es handelt sich seit 2015 um Grünland.</p> <p><b>1.2. Forst, Naturschutz</b></p> <p>Naturschutz</p> <p>1.2.1. Das Plangebiet liegt zwischen den Ortsteilen Lonsee und Halzhausen und zwischen der Bahnlinie Ulm-Stuttgart und der Landstraße L1170. Der nördliche Teil zeigt einen Gehölzbestand mit Biotopwert. Auf dem westlich und nördlich angrenzenden Bahngelände befindet sich das kartierte Biotop Nr. 174254251171 und 174254251172 „Felsige Böschungen mit Hecken und Magerrasen. Diese werden durch die vorliegende Planung noch nicht unmittelbar tangiert, aber ggf. beeinträchtigt. Der nordwestliche Teil des Plangebietes wird von</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich keine naturschutzrechtlichen gesicherten Schutzgebiete. Auf dem westlich und nördlich angrenzenden Bahngelände befindet sich das Biotop Nr. 174254251171 und 174254251172 „Felsige Böschungen mit Hecken und Magerrasen. Diese werden durch die vorliegende Planung nicht unmittelbar tangiert.</p>

			<p>einer Biotopverbundfläche der LUBW für trockene Standorte (Kern- und Suchfläche) tangiert. Ein Umweltbericht mit Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung liegt nicht vor und soll im Rahmen des deckungsgleichen Bebauungsplanes erstellt werden. Das Ausgleichsdefizit soll im Rahmen des Bebauungsplanes ausgeglichen werden. Gleiches gilt für den Artenschutz. Im Rahmen des Bebauungsplanes soll eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt werden. Die Erkenntnisse der saP sollten jedoch auf dieser Ebene schon vorliegen, da sie immer zu beachten sind und im Besonderen, angesichts der Biotopausstattung auf Flurstück 692. Auch die Morphologie des Geländes gibt Fragen auf, die im Umweltbericht zu bearbeiten sind. Erforderliche Unterlagen können nicht auf die nächste Verfahrensebene verlagert werden und sind entsprechend nach fachlichen Standards durchzuführen und hierfür in diesem Verfahren vorzulegen.</p> <p><b>1.3. Umwelt- und Arbeitsschutz</b> Immissionsschutz</p> <p>1.3.1. Gegen die vorgesehene Änderung des Plangebietes in eine gemischte Baufläche bestehen keine Einwände. Bezüglich der dort vorgesehenen Ansiedlung eines Lebensmitteleinzelhandels mit darüber liegenden Wohnungen sowie eines Feuerwehrhauses, kann eine abschließende Beurteilung seitens des Immissionsschutzes erst erfolgen, wenn die schalltechnische Untersuchung vorliegt.</p> <p>1.3.2 Immissionen aus der Landwirtschaft: In unmittelbarer Umgebung findet keine landwirtschaftliche Tierhaltung statt. Die nach TA Luft Anhang 7 erforderliche maximale Geruchsbelastung für ein Mischgebiet kann eingehalten werden.</p>	<p>Ein Umweltbericht mit Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung sowie der Fachbeitrag Artenschutz wurden zwischenzeitlich erarbeitet und bei der förmlichen Anhörung vorgelegt.</p> <p>Zum Zeitpunkt der frühzeitigen Beteiligung lagen noch nicht alle Informationen vor.</p> <p>Wohnungen sind nicht mehr geplant. Eine schalltechnische Untersuchung liegt vor.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
--	--	--	--	---

			<p><b>2. Hinweise</b></p> <p><b>2.1. Straßen</b></p> <p>2.1.1. Da die Erschließung außerhalb des Erschließungsbereiches der Ortsdurchfahrt von der Landesstraße L 1170 aus erfolgen soll ist zuständigkeitshalber das Regierungspräsidium Tübingen im Verfahren zu beteiligen. Für die Erschließung ist zwingend ein Linksabbiegestreifen erforderlich. Hierbei handelt es sich um eine massive bauliche Veränderung, die vom Regierungspräsidium genehmigt werden muss. Ebenfalls bedarfs die Feuerwehrausfahrt der Zustimmung des Straßenbaulastträgers. Die Fußgänger von der Kreisstraße K 7319 kommend, sind verkehrssicher über eine Fußgängersignalanlage über die Landesstraße zu führen. Die Planung hierfür ist ebenfalls abzustimmen.</p> <p><b>2.2. Ländlicher Raum, Kreisentwicklung</b></p> <p>2.2.1. Aus unserer Sicht bestehen keine Bedenken gegen die 25. Änderung des Flächennutzungsplans.</p> <p>2.2.2. Bitte teilen Sie uns entsprechend § 3 Abs. 2 BauGB mit, wie Sie diese Stellungnahme behandelt haben.</p> <p><b>2.3. Verkehr und Mobilität</b></p> <p>Verkehrsbehörde</p> <p>2.3.1. Grundsätzlich bestehen keine Einwände gegen die Planung. Wir bitten um weitere Beteiligung am Planungsprozess. Insbesondere die Erschließung des Vorhabens an die L 1170 ist frühzeitig mit der Straßenverkehrsbehörde, dem Fachdienst Straßen sowie dem RP Tübingen abzustimmen.</p> <p>ÖPNV</p> <p>2.3.2. Positiv wird bewertet, dass der potenzielle Bau des Bahnhalt es bereits in den jetzigen Planungen berücksichtigt wird.</p>	<p>Das RP Tübingen wurde beteiligt. Eine Linksabbiegespur wurde eingeplant, sowie eine Fußgängerampel als Querungshilfe für die Fußgänger. Die Planung wurde bereits mit den Behörden vorabgestimmt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Wird beachtet.</p> <p>Wird beachtet.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
--	--	--	--	--

			<p><b>2.4. Umwelt- und Arbeitsschutz</b> Boden- und Grundwasserschutz</p> <p>2.4.1. Im Rahmen des Bebauungsplanes ist eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung für das Schutzgut Boden zu erstellen. Außerdem ist vor Beginn der Maßnahme nach § 2 Abs. 3 LBodSchAG ein Bodenschutzkonzept zu erarbeiten und dem Landratsamt Alb-Donau-Kreis vorzulegen.</p> <p><b>2.5. Flurneuordnung</b></p> <p>2.5.1. Es ist kein Verfahren nach dem FlurbG betroffen.</p>	<p>Wird beachtet.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
2.	Regierungspräsidium Tübingen Ref. 21	14.04.2025	<p><b>I. Belange der Raumordnung</b></p> <p>Gemäß den vorgelegten Planunterlagen beabsichtigt der Gemeindeverwaltungsverband Lonsee-Amstetten die 25. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Seeblick“.</p> <p>Durch die Flächennutzungsplanänderung soll in dem Änderungsbereich eine Mischbaufläche dargestellt werden. Diese soll u.a. der Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters dienen.</p> <p>Aus Sicht des Einzelhandels bestehen gegen eine entsprechende Flächennutzungsplanänderung hin zu einer Mischbaufläche keine raumordnungsrechtlichen Bedenken, da aus einer Mischbaufläche ein Bebauungsplan entwickelt werden kann, der an die Ziele der Raumordnung zum Einzelhandel angepasst ist.</p> <p>Die Frage, ob dann tatsächlich die Ansiedlung eines Lebensmitteldiscounters im Bebauungsplan ermöglicht werden kann, ist dann auf Bebauungsplanebene zu klären. Dort wird sich die höhere Raumordnungsbehörde dann bei Vorliegen entsprechender Entwürfe textlicher Festsetzungen dazu äußern.</p>	Kenntnisnahme.

		<p>Darüber hinaus sind nach Plansatz B V 1.2.2 Z (2) des Regionalplans Donau-Iller für eine weitere Verdichtung des Netzes an Bahnhöfen, Haltepunkten und Haltestellen in der Region Flächen für einen Neubau oder eine Reaktivierung von folgenden Bahnhöfen, Haltepunkten und Haltestellen als Vorranggebiete freizuhalten: Bei der anschließenden Aufzählung ist auch Lonsee-Halzhausen genannt. Demnach ist zumindest planerisch zu sichern, dass entweder im Bereich der vorliegenden FNP-Änderung oder an anderer Stelle der regionalplanerisch geforderte Bahnhof errichtet werden kann.</p> <p style="text-align: center;"><b>II. Belange des Straßenbaus</b></p> <p>Das Regierungspräsidium - Abteilung Mobilität, Verkehr, Straßen - erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen zum Vorentwurf der 25. Änderung des Flächennutzungsplanes.</p> <p><b>1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können.</b></p> <p><b>1.1 Art der Vorgabe</b></p> <p><u>Anbauverbot</u>  Außerhalb des Erschließungsbereiches von Landesstraßen besteht in einem Abstand bis 20 m vom Fahrbahnrand ein Anbauverbot für Hochbauten und bauliche Anlagen, sowie für Werbeanlagen. Bis 40 m bei Landesstraßen dürfen bauliche Anlagen und Werbeanlagen nur mit Zustimmung der Straßenbauverwaltung errichtet werden. Diese im Verkehrsinteresse bestehende Vorgabe ist im Grundsatz auch bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu beachten.</p> <p><u>Straßenanschluss</u>  Außerhalb des Erschließungsbereiches von Landesstraßen ist die Anlegung neuer Zufahrten im Interesse des überörtlichen Verkehrs grundsätzlich ausgeschlossen. Dieselben Gesichtspunkte müssen ebenso für die Herstellung neuer</p>	<p>Wurde berücksichtigt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Stellplätze können nach Abstimmung auch innerhalb der Anbauverbotszone erstellt werden. Mit Gebäuden wird das Anbauverbot eingehalten.</p> <p>Eine weitere Zufahrt ist erforderlich und wurde zwischenzeitlich mit der Straßenbaubehörde abgestimmt und vereinbart.</p>
--	--	---	---

			<p>Anschlüsse kommunaler Straßen gelten. Eine dies nicht berücksichtigende Planung würde der Zweckbestimmung der überörtlichen Straße nicht Rechnung tragen.</p> <p><b>1.2 Rechtsgrundlage</b></p> <p>Straßengesetz Baden-Württemberg (StrG) § 22</p> <p><b>2. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage und Hinweise zum Vollzug.</b></p> <p><u><b>Zum Entwurf:</b></u></p> <p><u><b>Lonsee, GT Halzhausen</b></u> <u><b>Mischgebiet „Seeblick“</b></u></p> <p>Das Gebiet befindet sich außerhalb der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt von Lonsee-Halzhausen an der L 1170. Es werden keine grundsätzlichen Einwendungen erhoben. Die rechtlichen Vorgaben unter 1. sind bei der weiteren Planung zu berücksichtigen. Zur Ansiedlung des Lebensmittel-discounters und dem Neubau des Feuerwehrgebäudes sind bereits Abstimmungen, insbesondere zu den Anbauabständen und der verkehrlichen Erschließung zwischen der Gemeinde und dem Regierungspräsidium Tübingen erfolgt. Die Details werden in den betreffenden Bebauungsplanverfahren abgestimmt.</p>	Kenntnisnahme.
3.	Regierungspräsidium Tübingen Ref. 56		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
4.		21.03.2025	<b>1. Bau- und Kunstdenkmalpflege:</b>	

	Regierungspräsidium Stuttgart, Denkmalpflege		<p>In Bezug auf das o. g. Planverfahren trägt die Bau- und Kunstdenkmalpflege keine Anregungen oder Bedenken vor.</p> <p><b>2. Archäologische Denkmalpflege:</b>  Das Plangebiet grenzt im Osten an die L 1170. Entlang dieser Straße verlief nach derzeitigem Stand die römische Straße von Urspring Richtung Langenau. Ob und wie weit diese tatsächlich in die Erweiterungsfläche ausgreift ist nicht bekannt. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die Römerstraße nicht exakt in der heutigen Trasse der L 1170 verläuft und möglicherweise das Plangebiet von Nord nach Süd durchqueren könnte. Dabei handelt es sich um ein Kulturdenkmal gem. § 2 DSchG.  An der Erhaltung der ausgewiesenen archäologischen Kulturdenkmale besteht grundsätzlich ein öffentliches Interesse.  Um allseitige Planungssicherheit zu gewährleisten und spätere Bauverzögerungen zu vermeiden, sollten vor jeglichen Erdarbeiten (auch vor der Erschließung) archäologische Voruntersuchungen durch das Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart (LAD) durchgeführt werden. Zweck dieser Voruntersuchungen ist es, festzustellen, ob bzw. in welchem Umfang es nachfolgender Rettungsgrabungen bedarf. Diese Maßnahme frühzeitig durchzuführen, ist im Interesse des Planungsträgers sowie der Bauherren, da hiermit Planungssicherheit erreicht werden kann und Wartezeiten durch archäologische Grabungen vermieden oder minimiert werden können. Dazu bietet das Landesamt für Denkmalpflege den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zu den Rahmenbedingungen an, d.h. insbesondere zu Fristen für die Untersuchungen und zur Kostenbeteiligung des Veranlassers. Nähere Informationen finden sie unter ( <a href="http://www.denkmalpflege-bw.de/denkmale/projekte/archaeologische-denkmalpflege/pilotprojekt-flexible-prospektionen.html">http://www.denkmalpflege-bw.de/denkmale/projekte/archaeologische-denkmalpflege/pilotprojekt-flexible-prospektionen.html</a>).</p> <p>Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass im Falle notwendiger Rettungsgrabungen durch das LAD die Bergung und Dokumentation der Kulturdenkmale ggf. mehrere Wochen</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Hinweise wurden ergänzt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
--	--	--	---	---

			in Anspruch nehmen kann und durch den Vorhabenträger finanziert werden muss.	
5.	Regierungspräsidium Freiburg, Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	31.03.2025	<p>Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg nimmt auf Grundlage der ihm vorliegenden Informationen und seiner regionalen Kenntnisse zu den Aufgabenbereichen, die durch das Vorhaben berührt werden, wie folgt Stellung:</p> <p><b>1. Geologische und bodenkundliche Grundlagen</b></p> <p><b>1.1 Geologie</b> Die lokalen geologischen Verhältnisse können der digitalen Geologischen Karte von Baden-Württemberg 1: 50 000 (GeoLa) im LGRB-Kartenviewer entnommen werden. Nähere Informationen zu den lithostratigraphischen Einheiten bieten die geowissenschaftlichen Informationsportale GRB-wissen und LithoLex.</p> <p><b>1.2 Geochemie</b> Die geogenen Grundgehalte in den petrogeochemischen Einheiten von Baden-Württemberg sind im LGRB-Kartenviewer abrufbar. Nähere Informationen zu den geogenen Grundgehalten sind im geowissenschaftlichen Informationsportal LGRBwissen beschrieben.</p> <p><b>1.3 Bodenkunde</b> Siehe Beiblatt und Leitfaden TÖB-Bearbeitung im Ref. 93 Die lokalen bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) können in Form der Bodenkundlichen Karten 1: 50 000 (GeoLa BK50) eingesehen werden.</p> <p>Prinzipiell ist bei Planungsvorhaben entsprechend § 2 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) auf den sparsamen und schonenden Umgang mit Boden zu achten. Dies beinhaltet u. a. die bevorzugte Inanspruch-</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Auf einen sparsamen und schonenden Umgang mit Boden wird geachtet. Vorliegend können Synergieeffekte genutzt werden und so Flächen gegenüber einem anderen Standort gespart werden.</p>

		<p>nahme von weniger wertvollen Böden. Ergänzend dazu sollten Moore und Anmoore (u. a. als klimarelevante Kohlenstoffspeicher) sowie andere Böden mit besonderer Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (vgl. LGRBwissen, Bodenbewertung – Archivfunktion) bei Planvorhaben aufgrund ihrer Schutzwürdigkeit möglichst nicht in Anspruch genommen werden.</p> <p>Bodenkundliche Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen, wie z. B. Bebauungspläne, beurteilt, wenn Informationen zu Art und Umfang der Eingriffe vorliegen. Wir empfehlen das Schutzgut Boden frühestmöglich in der Planung vollumfänglich zu berücksichtigen.</p> <p><b>2. Angewandte Geologie</b></p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches bzw. geotechnisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder ein hydrogeologischer bzw. geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p> <p><u>2.1 Ingenieurgeologie</u></p> <p>Ingenieurgeologische Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen (z. B. Bebauungspläne) beurteilt, wenn Art und Umfang der Eingriffe in den Untergrund näher bekannt sind. Potenziell vorhandene oder nachgewiesene Geogefahren (insbesondere Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) können vorab in der Ingenieurgeologischen Gefahrenhinweiskarte von Baden-Württemberg abgerufen werden.</p> <p>Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens „Seeblick“ hat das LGRB mit Schreiben Az. RPF9-4700-77/32/2 vom 25.06.2024 zum Planungsbereich folgende, weiterhin gültige ingenieurgeologische Stellungnahme abgegeben:</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Hinweise wurden ergänzt.</p>
--	--	--	---

		<p>„Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen des Unteren Massenkalks.</p> <p>Verkarstungserscheinungen (offene oder lehmerfüllte Spalten, Hohlräume, Dolinen) sind nicht auszuschließen. Sollte eine Versickerung der anfallenden Oberflächenwässer geplant bzw. wasserwirtschaftlich zulässig sein, wird auf das Arbeitsblatt DWA-A 138 (2005) verwiesen und im Einzelfall die Erstellung eines entsprechenden hydrologischen Versickerungsgutachtens empfohlen. Wegen der Gefahr der Ausspülung lehmerfüllter Spalten ist bei Anlage von Versickerungseinrichtungen auf ausreichenden Abstand zu Fundamenten zu achten.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung, bei Antreffen verkarstungsbedingter Fehlstellen wie z. B. offenen bzw. lehmerfüllten Spalten) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.“</p> <p><u>2.2 Hydrogeologie</u></p> <p>Auf die Lage des Plangebietes innerhalb der Schutzzone III des rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzgebietes „Donauried-Hürbe“ des Zweckverbandes Landeswasserversorgung Stuttgart (LUBW-Nr.: 425 001) wird hingewiesen.</p> <p>Bei dem hier genutzten Grundwasserleiter handelt es sich um einen Karst- und Kluftgrundwasserleiter. Bei der Abwesenheit von Deckschichten kann infiltrierendes Wasser in kurzer Zeit die ungesättigte Zone zum Grundwasser passieren. In Abhängigkeit von der Klüftung und der Verkarstung des Gesteins können hohe Grundwasserfließgeschwindigkeiten auftreten. Für solche Grundwasserleiter werden/wurden für die Abgrenzung von Wasserschutz-</p>	<p>Hinweise wurden ergänzt.</p>
--	--	---	---------------------------------

		<p>gebieten bzw. der jeweiligen Wasserschutzgebietszonen Ersatzkriterien definiert, die zu einer praktikablen Dimensionierung, aber auch zu einem verminderten Schutz des genutzten Grundwassers führen. Daraus folgt, dass bei Wasserschutzgebieten für Karst- und Kluftgrundwasserleiter auch in Bereichen der Schutzzone III die Fließzeit des Grundwassers deutlich weniger als 50 Tage zu den Fassungen betragen kann.</p> <p>Aktuell findet im Plangebiet keine Bearbeitung des LGRB zu hydrogeologischen Themen statt.</p> <p><u>2.3 Geothermie</u> Informationen zu den oberflächennahen geothermischen Untergrundverhältnissen sind im Informationssystem „Oberflächennahe Geothermie für Baden-Württemberg“ (ISONG) hinterlegt. ISONG liefert erste Informationen (Möglichkeiten und Einschränkungen) zur geothermischen Nutzung des Untergrundes mit Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren. Bitte nehmen Sie vor Verwendung des Informationssystems die Erläuterungen zur Kenntnis.</p> <p><u>2.4 Rohstoffgeologie (Mineralische Rohstoffe)</u> Von rohstoffgeologischer Seite sind zur Planung keine Bedenken, Hinweise oder Anregungen vorzutragen.</p> <p><b>3. Landesbergdirektion</b></p> <p><u>3.1 Bergbau</u> Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbauggebiet.</p> <p>Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder künstlich geschaffenen Althohlräumen (bspw. Stollen, Bunker, unterirdische Keller) betroffen.</p> <p><b>Allgemeine Hinweise</b></p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
--	--	---	---

			<p><b>Anzeige, Übermittlung und Bereitstellung von Geologie-Daten nach Geologiedatengesetz (GeolDG)</b></p> <p>Für geologische Untersuchungen und die daraus gewonnenen Daten besteht nach den Bestimmungen des Geologiedatengesetzes (GeolDG) eine Übermittlungspflicht gegenüber dem LGRB. Weitere Informationen hierzu stehen Ihnen im LGRBanzeigeportal zur Verfügung.</p> <p><b>Weitere Informationsquellen des LGRB im Internet</b></p> <p>Informationen zu den Untergrundverhältnissen sowie weitere raumbezogene Informationen können fachübergreifend und maßstabsabhängig der LGRBhomepage entnommen werden. Bitte nutzen Sie hierzu auch den LGRB-Kartenviewer sowie LGRBwissen. Insbesondere verweisen wir auf unser Geotop-Kataster.</p> <p>Beachten Sie bitte auch unser aktuelles Merkblatt für Planungsträger.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
6.	Albwerk	19.03.2025	<p>mit Ihrem Schreiben vom 10.03.2025 haben Sie uns die Beteiligung zur 25. Änderung des Flächennutzungsplans von Lonsee-Amstetten „Seeblick“ gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zur Stellungnahme zugesandt.</p> <p>Für die elektrische Versorgung des neu ausgewiesenen Mischgebiets benötigt das Albwerk ein Grundstück für eine Umspannstation. Bitte berücksichtigen Sie in Ihren weiteren Planungen eine Fläche von etwa 5 m x 5 m im geplanten Ausbaugebiet.</p> <p>Wir bitten um weitere Einbeziehung der zukünftigen Planungen.</p>	<p>Wird auf Ebene des Bebauungsplanes vorgesehen.</p> <p>Wird beachtet.</p>

7.	Amprion GmbH	13.03.2025	<p>im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Weitere Versorgungsunternehmen wurden beteiligt.</p>
8.	BUND		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
9.	Zweckverband Wasserversorgung Ulmer Alb	10.03.2025	im Geltungsbereich des o. g. Bauvorhabens liegen keine Anlagen des Zweckverbands Wasserversorgung Ulmer Alb, so dass wir von dieser Maßnahme nicht betroffen sind.	Kenntnisnahme.
10.	Zweckverband Landeswasserversorgung	17.03.2025	von unserer Seite gibt es keine Einwände gegen die 25. Änderung des FNP.	Kenntnisnahme.
11.	Zweckverband Wasserversorgung Ostalb	10.03.2025	Da die Anlagen und Belange des Zweckverband Wasserversorgung Ostalb nicht berührt werden, haben wir hierzu keine Anmerkungen oder Anregungen.	Kenntnisnahme.
12.	terraneis bw GmbH	12.03.2025	<p>wir bedanken uns für die Beteiligung an der oben genannten 25. Änderung des Flächennutzungsplans und teilen Ihnen mit, dass Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens von den Änderungen (gilt nur für rot markierten Bereich) nicht betroffen sind.</p> <p>Im räumlichen Geltungsbereich des gesamten Flächennutzungsplans Lonsee liegen Anlagen der terraneis bw GmbH.</p> <p>Sollten der räumliche Geltungsbereich geändert werden und sonstige Auswirkungen auf die Anlagen der terraneis bw</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p> <p>Wird beachtet.</p>

			GmbH nicht auszuschließen sein, bitten wir um erneute Beteiligung.	
13.	Handwerkskammer Ulm	09.04.2025	Die Handwerkskammer Ulm hat zum aktuellen Verfahrensstand keine Bedenken oder Anregungen vorzutragen.	Kenntnisnahme.
14.	Industrie- und Handelskammer Ulm	10.04.2025	<p>Die Industrie- und Handelskammer Ulm hatte bereits am 3. Juli 2024 im Rahmen des dazugehörigen Bebauungsplanverfahren ausführlich Stellung genommen. Da wir noch keine Rückmeldung (Abwägung Ihrerseits) bekommen haben, wiederholen wir unsere ablehnende Haltung zum geplanten Vorhaben.</p> <p>Die IHK Ulm rät im Anhörungsverfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB zum oben genannten Flächennutzungsplanverfahren auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen dringend davon ab, in Lonsee die Ansiedlung eines weiteren Lebensmittelmarktes (weder Discounter, noch andere Handelsform) in Angriff zu nehmen.</p> <p>Begründung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Ein Lebensmittelmarkt benötigt bei einer Verkaufsfläche von 1.500 m<sup>2</sup> einen Umsatz von 7.500 Euro pro m<sup>2</sup> pro Jahr, um nachhaltig betrieben werden zu können. Das entspricht einem Jahresumsatz von ca. 11,25 Mio. Euro. Laut der Michael Bauer Research GmbH verfügen die 5.244 Einwohner Lonsees zusammen in diesem Jahr über eine Einzelhandelskaufkraft in den Segmenten Lebensmittel und Getränke von rund 15,9 Mio. Euro. Somit blieben rein rechnerisch lediglich 4,65 Mio für einen zweiten Lebensmittelmarkt /Discounter übrig – zum Überleben zu wenig.</li> <li>In Ihrer Begründung zu Ihrem Bauvorhaben zitieren Sie ein GMA-Gutachten von 2022, die Lonsee</li> </ul>	<p>Zwischenzeitlich liegt eine aktuellere Stellungnahme der IHK vor zu der tatsächlichen Größe des geplanten Markt mit 800 m<sup>2</sup>. Grundsätzlich blendet die Berechnung der IHK die örtlichen Gegebenheiten in Lonsee aus. Eine Berechnung mittels Bundesdurchschnittswerten ergibt aufgrund der sehr großen regionalen Abweichungen bei der Leistungsfähigkeit von Lebensmittelmärkten kein realistisches Bild. Ohne Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten ist die Berechnung der IHK nicht belastbar.</p> <p>Das Kerneinzugsgebiet umfasst neben Lonsee die Gemeinden Westerstetten, Breitingen, Holzkirch, Weiden-</p>

			<p>einen Einzugsbereich von rund 14.300 Einwohnern bescheinigt. Gut 9.000 Personen davon leben außerhalb Lonsees. Würde man annehmen, dass diese Personen über dieselbe Kaufkraft wie die Einwohner Lonsees verfügen, betrüge die Einzelhandelskaufkraft in den Segmenten Lebensmittel und Getränke in dem so definierten Einzugsbereich Lonsees insgesamt 43 Mio. Euro. Das erscheint genug zu sein für zwei Lebensmittelmärkte, aber:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Es buhlen zahlreiche Lebensmittelmärkte und Discounter, die bereits in den Gemeinden um Lonsee herum angesiedelt sind, auch um diese für den Lebensmitteleinzelhandel relevante Kaufkraft. So existieren in einem Umkreis von bis zu 25 Minuten Fahrtzeit von Lonsee aus (gemessen mit Google Maps) bereits 11 Discounter (Amstetten 1, Beimerstetten 1, Dornstadt 2, Merklingen 1, Langenau 1, Geislingen 3 und Laichingen 2). Die größeren Gemeinden in dieser Aufzählung dürften zudem über eine größere Attraktivität aufgrund des vielfältigeren Einkaufs- und Dienstleistungsangebotes verfügen als Lonsee. Somit dürften viele der 9.000 Einwohner aus Gemeinde um Lonsee herum in Gemeinden und Städten tätigen, in denen Sie auch andere Dinge erledigen können. Daran, dass ein zusätzlicher Lebensmittelmarkt in Form eines Discounters Lonsee als Einzelhandelsstandort um so viel attraktiver macht, dass genug Kaufkraft von außerhalb nach Lonsee fließen wird, damit zwei Lebensmittelmärkte in Lonsee dauerhaft überleben können, bestehen zumindest sehr berechnete Zweifel.</li> <li>• In einem von der Gemeinde Lonsee in Auftrag gegebenem GMA-Gutachten von 2009 heißt es (zitiert nach: Bericht aus der letzten Sitzung des Gemeinderats vom 29.07.2011): „In diesem Gutachten kam klar zum Ausdruck, dass die Ansiedlung</li> </ul>	<p>stetten und Neenstetten. Dies sind zusammen 10.200 Einwohner. Dies entspricht einem Kaufkraftpotential von ca. 31 Mio € für Lebensmittel.</p> <p>In den o. g. Gemeinden des Einzugsgebietes gibt es keine Lebensmittelmärkte. Das Angebotsdefizit ist entgegen der Auffassung der IHK somit offensichtlich. Im Übrigen entspricht es nicht der verbrauchernahen Versorgung i. S. der verbindlichen Ziele des LEP Baden-Württemberg bzw. des Regionalplans Donau-Iller, dass die Verbraucher eine Fahrzeit von 25 min. auf sich nehmen müssen, um ihre Grundversorgung zu decken.</p> <p>Der Rewe-Markt wird einerseits Umsatzeinbußen bei bestimmten Sortimenten haben, andererseits aber auch von den Synergien des gemeinsamen Standortes profitieren. Wie im GMA-Gutachten bestätigt, ist eine</p>
--	--	--	--	--

			<p>eines Discounters wie z.B. Netto, Norma, Penny und Treff 3000 eine besonders negative Auswirkung auf den bestehenden Verbrauchermarkt von REWE hätte und zur Schließung des Marktes führen könnte.“ Dieselbe GMA, die 2022 der Gemeinde Lonsee ein großes Einzugsgebiet bescheinigt, riet im Jahr 2009 von der Ansiedlung eines Discounters ab, um das Fortbestehen des vorhandenen REWE-Marktes nicht zu gefährden. Die Bevölkerung Lonsees ist zwischen 2009 und 2022 um rund 11 Prozent gestiegen und damit auch ihr Bedarf an Lebensmitteln und Getränken. Dieser zusätzliche Bedarf reicht jedoch nicht aus, um zwei Lebensmittelmärkten einen ausreichenden Umsatz zu ermöglichen. Die beiden Gutachten liegen uns jedoch nicht vor, so dass wir keine konkretere Einschätzung vornehmen können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Wettbewerbssituation, die Sie in Ihrer Begründung derzeit als moderat einschätzen, dürfte durch die Ansiedlung eines zusätzlichen Discounters sehr viel intensiver werden. Beide Lebensmittelmärkte müssten extrem auf ihre Kosten achten, ein zusätzliches Engagement wie die Sport- und Kulturförderung durch die Einzelhändler wäre dann eventuell nicht mehr möglich. Ein REWE-Markt, der um sein Überleben kämpft, dürfte auch kaum noch Steuern zahlen, weniger und unzufriedenere Beschäftigte haben. Durch eine solche Entwicklung würde der Nahversorgungsstandort Lonsee eher geschwächt als gestärkt werden.</li> <li>• Die Ansiedlung eines Discounters in Lonsee dürfte zudem kaum zur Vermeidung von (externen) Einkaufsfahrten beitragen. Auf der einen Seite müssten es zu sehr viel mehr Einkaufsfahrten von außerhalb Lonsees kommen, damit sich Discounter und REWE dauerhaft halten können. Zum anderen</li> </ul>	<p>Schließung infolge der Neuansiedlung eines Discounters auszuschließen. Die GMA-Studie 2009 kommt zu folgendem Ergebnis: “Die Ansiedlung eines Aldi-Lebensmitteldiscounters ist positiv einzustufen, die Ansiedlung eines Lidl-Lebensmitteldiscounters ist als überwiegend positiv einzustufen.“ Lediglich im Vergleich zu Aldi und Lidl sind die anderen Discountformate schlechter zu bewerten. Es liegt kein Widerspruch zu früheren Untersuchungen vor. Die Ergänzung des Rewe-Marktes (als derzeit einziger Nahversorger) wird von der Gemeinde Lonsee seit vielen Jahren angestrebt. Das positive Einwohnerwachstum unterstreicht den Bedarf für einen Ausbau der Nahversorgung. Insofern kann der IHK zugestimmt werden. Wie die IHK weiter oben ausführt, umfasst das Einzugsgebiet nicht nur die Gemeinde Lonsee, sondern auch die Gemeinden Westerstetten, Breitingen, Holzkirch, Weidenstetten und Neenstetten mit insgesamt 10.200 Einwohnern und einem Kaufkraftpotential von 31 Mio €. Dies ist mehr als ausreichend für 2 Lebensmittelmärkte.</p> <p>Wie die IHK darstellt, sind heute Fahrten bis zu 25min zu den nächsten Discountern im Umland erforderlich. Dies ist nicht im Sinne der verbrauchernahen Versorgung, nicht im Sinne einer angestrebten Verkehr- und Emissionsvermeidung und letztlich auch nicht im Sinne der</p>
--	--	--	---	--

			<p>fahren vier von zehn Einwohnern zum Arbeiten in andere Gemeinden und Städte. Nicht wenige dieser Pendelnden dürften ihre Fahrten zum Arbeitsplatz und zurück gleichzeitig für Einkäufe nutzen, die Sie vor Ort in Lonsee nicht erledigen können. Zusätzliche Einkaufsfahrten entstehen somit nicht zwangsläufig, nur weil eine bestimmte Art von Anbieter in Lonsee nicht vorhanden ist.</p> <p>Wie eingangs bereits erwähnt, raten wir folglich von dem Ansiedlungsvorhaben ab.</p>	<p>Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen nach Art 72 Abs. 2 Grundgesetz.</p> <p>Im Übrigen ist nach wie vor der Samstag der frequenzstärkste Tag im Lebensmitteleinzelhandel. Dies zeigt, dass das Einkaufsverhalten nicht zwangsläufig mit den Pendlerströmen verknüpft ist.</p> <p>Die von der IHK postulierte Wettbewerbsneutralität wird ausdrücklich unterstützt. Alle gutachterlichen Berechnungen und alle Erfahrungen aus vergleichbaren Standorten mit einem Einzugsgebiet von 10.000 Einwohnern zeigen jedoch, dass 2 sich ergänzende Lebensmittelmärkte (Vollsortimenter und Discounter) auch langfristig tragfähig sind.</p>
15.	EVF	01.04.2025	<p>Die EVF hat keine Einwände gegen die im Flächennutzungsplan festgelegten Ziele.</p> <p>Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 27.06.2024.</p>	Kenntnisnahme.
16.	NetCom BW GmbH		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
17.	Netze ODR GmbH		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
18.	Polizei	09.04.2025	<p>Da aus den bisher zur Verfügung gestellten Planunterlagen keine verkehrsrechtlich/verkehrsplanerisch relevanten Daten hervorgehen, kann zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende Stellungnahme erfolgen.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass im Rahmen des weiteren Planverfahrens eine erneute Anhörung des Polizeipräsidium Ulm zu weiterführenden Verkehrsplanungen stattfindet.</p>	Wird auf Ebene des Bebauungsplanes beachtet.

			<p>Hierbei sind u.a. nachfolgende Punkte aus hiesiger Sicht für die weitere Planung von Bedeutung und daher frühzeitig zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-zusätzliche Anbindung an die L 1170 (Umgestaltung wg. Abbiegespur usw.)</li> <li>-Zu-/Abfahrt zur geplanten gemeinsamen Feuerwehr</li> <li>-Querungshilfe bzw. LSA für Fußgänger / Radfahrer</li> <li>-südliche Anbindung über den Eberlesweg</li> <li>-Sichtfelder (u.a. im Zusammenhang mit Schallschutzmaßnahmen)</li> </ul>	
19.	Regionalverband Donau-Ilser		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
20.	Telekom		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
21.	Vodafone	10.03.2025	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Kenntnisnahme.
22.	NABU		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
23.	Bundesnetzagentur	10.03.2025	Da eine Betroffenheit des Richtfunks durch die Planung unwahrscheinlich ist, erfolgt unsererseits keine weitere Bewertung. Ein möglicher Grund dafür ist:	Kenntnisnahme.

			<p>1. Die Baumaßnahme weist eine geringe Bauhöhe auf. Es handelt sich dabei um einen Bebauungsplan mit einer Bauhöhe von unter 20 Meter bzw. um eine Planung einer Solar- / Photovoltaik-Freifläche. Eine Richtfunk-Untersuchung zu solchen Planungen ist nicht erforderlich.</p> <p>2. Entweder ist die Bauhöhe unbekannt oder es handelt sich um eine Maßnahme mit einer unveränderten Bauhöhe. Zum Beispiel: Flurbereinigung, Landschafts- / Naturschutz, unterirdische Leitung oder Aufhebungsverfahren.</p> <p>3. Flächennutzungspläne, Regionalpläne, Raumordnungspläne oder Entwicklungsprogramme sind planungsrechtliche Maßnahmen, die sich in einem früheren Planungsstadium befinden. Im nachgelagerten Verfahren wird konkrete Baumaßnahme erneut angefragt.</p> <p>Bitte beachten Sie die Zuständigkeitstrennung bei der Bundesnetzagentur.</p> <p>Für Planungs- oder Genehmigungsverfahren: ----- Zukünftig richten Sie bitte Ihre Anfragen zu Planungs- oder Genehmigungsverfahren an die zuständige Stelle unter folgender Adresse: Bundesnetzagentur, Referat 814, Postfach 80 01, 53105 Bonn oder unter der E-Mail-Adresse: <a href="mailto:verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de">verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de</a> Weitere Information entnehmen Sie bitte dem Link unter: <a href="http://www.netzausbau.de/Wissen/InformierenBeteiligten/VerfahrenDritter/de">www.netzausbau.de/Wissen/InformierenBeteiligten/VerfahrenDritter/de</a></p> <p>Für eine Funkbetreiberauskunft vom Referat 226: ----- Zusätzlich haben Sie die Möglichkeit, eine Funkbetreiberauskunft (u. a. Richtfunk) gesondert per E-Mail an <a href="mailto:funkbetreiberauskunft@bnetza.de">funkbetreiberauskunft@bnetza.de</a> anzufragen.</p>	
--	--	--	--	--

			<p>Dafür schicken Sie uns das vollständig ausgefüllte Formular (als Anhang per E-Mail), welches Sie unter folgendem Link finden: <a href="http://www.bnetza.de/648280">www.bnetza.de/648280</a></p> <p>Für die Funkbetreiberauskunft ist die Angabe der Koordinaten zwingend erforderlich. Hierzu können Sie sich auch an den Planungsträger wenden.</p>	
24.	Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
25.	Telefonica		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
26.	DB Immobilien	19.03.2025	<p>die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien als von der DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station &amp; Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren:</p> <p>Gegen die 25. Änderung des FNP bestehen aus unserer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass sich die ehemaligen DB Flurstücke 692 und 693/2 zwar nicht mehr im Eigentum der Deutschen Bahn AG befinden aber noch nicht von Bahnbetriebszwecken freigestellt sind.</p> <p>Ein Freistellungsantrag wurde von der Kommune bereits gestellt, über die finale Freistellung kann aber nur das EBA entscheiden.</p> <p>Abschließend weisen wir darauf hin, dass der o.g. Flächennutzungsplan gemäß § 1 Absatz 2 BauGB eine vorbereitende Bauleitplanung darstellt. Wir behalten uns vor, zu dem o.g. Verfahren und zu Bebauungsplänen, die sich aus</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

			<p>diesem Flächennutzungsplan entwickeln werden, unabhängig von unserer vorstehenden Stellungnahme Bedenken und Anregungen vorzubringen. Diese können auch grundsätzlicher Art sein, sofern Unternehmensziele oder Interessen der Deutschen Bahn AG dies erfordern.</p> <p>Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.</p>	Abwägungsergebnis wird mitgeteilt.
27.	Eisenbahnbundesamt	31.03.2025	<p>Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.</p> <p>Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von der Planung berührt.</p> <p>Sie beabsichtigen, in Teilbereichen eine bestehende Bahnanlage (Flurstück 692) einer neuen Nutzungsmöglichkeit (Mischgebiet) zu zuführen.</p> <p>Um die von Ihnen angestrebten Planungsziele zu verwirklichen, muss daher ein gesondertes Freistellungsverfahren nach § 23 AEG durchgeführt werden. Ihr Antrag hierauf (Eingang 28.11.2023) wurde von meiner Behörde am 12.04.2024 aufgrund der aktuellen Vorgaben des § 23 AEG abgelehnt.</p> <p>Unter diesen Voraussetzungen kann ich der Änderung Ihres Flächennutzungsplanes in diesem Bereich <b>n i c h t</b> zustimmen! Gegen die übrigen Änderungen bestehen keine Bedenken. Sollte, wie in Ihren Ausführungen erwähnt, der Gesetzgeber die aktuelle Fassung des § 23 AEG überarbeiten, können Sie anschließend gerne erneut einen</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Freistellung für das Plangebiet betreffende Fläche ist zwischenzeitlich erfolgt.</p>

			<p>Antrag auf Freistellung stellen, den meine Behörde unter den dann vorliegenden Voraussetzungen erneut prüfen wird.</p> <p>Falls noch nicht veranlasst, bitte ich auch um die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin DB InfraGO AG als Trägerin öffentlicher Belange und als Grundstückseigentümerin über die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, <a href="mailto:dbsimm.nl.kar.flaeche@deutschebahn.com">dbsimm.nl.kar.flaeche@deutschebahn.com</a>.</p>	Die DB Immobilien AG wurde beteiligt. Die Infrastrukturbetreiberin DB InfraGO AG wird bei der förmlichen Auslegung beteiligt.
28.	Gemeindeverwaltungsverband Amstetten - Lonsee		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
29.	Gemeinde Dornstadt	13.03.2025	Von Seiten der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Dornstadt bestehen keine Einwände zur geplanten Änderung des Flächennutzungsplans.	Kenntnisnahme.
30.	Gemeinde Weidenstetten		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.
31.	Gemeinde Westerstetten		Keine Stellungnahme eingegangen	Kenntnisnahme.

Aufgestellt: Ulm, 18.02.2026

**INGENIEURBÜRO WASSERMÜLLER ULM GMBH**